

# Die Bundesrepublik, der Westen und die baltischen Staaten

DIE EREIGNISSE VON 1988 BIS 1991 AUS HISTORISCHER SICHT

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Beginnen möchte ich mit einer längst vergessenen Resolution. Am 13. Januar 1983 verurteilte das Europäische Parlament in Straßburg die Okkupation der baltischen Staaten durch die Sowjetunion. Dieser Schritt stellte beileibe keine politische Sensation dar, sondern stand in einer Kontinuität westlicher Politik seit 1940. Die Politik der Nichtanerkennung der sowjetischen Okkupation der Baltischen Länder durch die wichtigsten westlichen Staaten, vor allem die USA, Großbritannien, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland wurde und wird gerne hervorgehoben, um zu zeigen, daß die freie Welt die baltischen Staaten niemals aufgegeben habe.

Was bedeutete die Nichtanerkennung der Annexion aber konkret? Sieht man einmal vom formalen Weiterbestehen diplomatischer Vertretungen der baltischen Staaten in den USA, Großbritannien und anderen Ländern ab, dann ging es vor allem um ein diplomatisches Schattenboxen: dem US-Botschafter in Moskau waren offizielle Reisen in die baltischen Sowjetrepubliken untersagt, das bundesdeutsche Generalkonsulat in Leningrad war zwar für die Hafenstädte Riga und Tallinn zuständig, aber nicht für die estnische oder lettische SSR. Mit solchen Gesten konnte die Sowjetunion zweifellos gut leben, zumal das faktische Verhalten der Westmächte ihren völkerrechtlichen Vorbehalt eigentlich gegenstandslos machte. Die plakativen Äußerungen von Präsidenten und Außenministern zur baltischen Frage waren wohlfeil, ohne daß dadurch die Beziehungen zur Sowjetunion wirklich

beeinflußt oder gar gefährdet wurden. Im sportlichen Bereich erhob, um nur ein Beispiel zu nennen, niemand Einspruch, wenn Balten als Teil von sowjetischen Mannschaften an den Wettbewerben teilnahmen, und an Landkarten Osteuropas, in der die Gebiete der drei Länder nicht als Teil der Sowjetunion ausgewiesen wurden, kann ich mich nicht erinnern.

In diesem Zusammenhang ist auch die Resolution des Europäischen Parlaments zu sehen, die zweifellos die Sympathie der Mehrheit des Hauses für die baltischen Völker zum Ausdruck brachte, doch letztlich nicht mehr als eine politische Geste blieb. Nichts zeigt dies deutlicher, als der Versuch des Europaparlaments, die baltische Frage vor die UNO zu bringen. In einer Fragestunde des Parlaments am 17. Mai 1983 führte der damalige Präsident der europäischen Außenminister, Hans-Dietrich Genscher, aus, die Außenminister der Mitgliedsstaaten hätten die baltische Frage nicht der UNO zugeleitet, da man keine Chance für einen Erfolg sehe, eine negative Entscheidung des UN-Ausschusses könne der "Sache der baltischen Völker" sogar schaden.<sup>1</sup> Der englische Abgeordnete Andrew Pearce fragte daraufhin resigniert, ob "die Untätigkeit, welche die Position der zehn Außenminister zu sein scheint, in Wirklichkeit die Billigung dessen bedeutet, was das russische Imperium diesen Staaten zugefügt hat".<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Egil Levits: Die baltische Frage im europäischen Parlament, in: Acta Baltica XXII, 1982, S. 33f.

<sup>2</sup> Ebd., S. 34.

Die westliche Haltung änderte sich während des baltischen Kampfes um die Unabhängigkeit ab 1988 nur zögernd, was ich am deutsch-litauischen Beispiel demonstrieren möchte. "Während Bonn nach vorn preschte, um das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung zu verwirklichen, erteilte man den Litauern den weisen Rat, ganz langsam und behutsam vorzugehen."<sup>3</sup> Mit diesen Worten charakterisiert der amerikanische Historiker Timothy Garton Ash die politische Situation in Europa im Frühjahr 1990 und gibt damit zugleich einen Einblick in die Beziehungen während des litauischen Kampfes um die Unabhängigkeit.

Das Land stand in seinem Streben nach Eigenständigkeit spätestens seit dem 11. März 1990, als das neugewählte Parlament den Austritt Litauens aus der Sowjetunion und die Souveränität des Landes erklärte, an der Spitze der Unabhängigkeitsbewegungen in der Sowjetunion. Nur zwei Republiken unterstützten Vilnius: Estland und Lettland verkündeten ebenfalls den Fortbestand ihrer Staaten von 1940, sprachen aber zunächst von einer Übergangsperiode bis zur Unabhängigkeit. Während Michail Gorbatschow eine Wirtschaftsblockade über die abtrünnige Baltenrepublik verhängte, hielten sich die westlichen Länder vorsichtig zurück. In einem gemeinsamen Brief an die litauische Regierung schlugen der französische Staatspräsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl im April 1990 sogar vor, die einseitige Unabhängigkeitserklärung zu suspendieren. Noch deutlicher wurde Außenminister Genscher, der mahnte, Litauen möge keine ‚peinliche Situation‘ für die Großmächte schaffen.<sup>4</sup> Allein das kleine Island erkannte die Baltenrepublik an.

Warum die Bundesrepublik diese zögernde und abwartende Haltung einnahm, ist einfach zu erklären: Nirgends sonst in der Welt wurde Gorbatschow eine so große Sympathie entgegengebracht wie in Westdeutschland.

---

<sup>3</sup> Zitiert nach Timothy Garton Ash: Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München-Wien 1993, S. 518.

<sup>4</sup> Alfonsas Eidintas: Deutschland und die Staatlichkeit Litauens im 20. Jahrhundert, in: Nordost-Archiv N.F. 1/1992, S.36ff.

Unvergessen sind die Bilder vom Bonner Marktplatz im Frühjahr 1989, die eigentlich nur mit John F. Kennedys triumphalen Berlinbesuch zu vergleichen sind. Die Meinung von Bevölkerung und Regierung war selten einmütig und deckungsgleich: Gorbatschow verkörperte die Hoffnung auf ein Ende der ideologischen Konfrontation, er konnte die Bedrohung durch Raketen beenden, den Beginn wirklicher Abrüstung einleiten. Zugleich wußte man um die inneren Gegner und Widerstände einer solchen Politik. Mußte da nicht das Streben Litauens, verkörpert in der einseitigen Unabhängigkeitserklärung vom 11. März 1990, und die Unterstützung durch Lettland und Estland eine Gefährdung der gesamten Perestroika und Wasser auf die Mühlen der reaktionären Gegenspieler Gorbatschows bedeuten? So betrachtete man Litauen, Lettland und Estland zweifellos mit großer Sympathie, fürchtete aber zugleich, daß in Vilnius, Riga und Tallinn eine Entwicklung eingeleitet werden könnte, die für alle Beteiligten nur negative Folgen haben werde.

Die Prioritäten, die die Bundesrepublik und die gesamte westliche Welt setzten, boten somit den baltischen Staaten nur wenig Hilfestellung an: Der Westen wollte mit Gorbatschow zum Ende der ideologischen und militärischen Konfrontation gelangen; die Bundesrepublik verfolgte zudem das herausragende Sonderziel, die deutsche Einheit sicherzustellen. Die diplomatischen Verhandlungen über die deutsche Vereinigung zählen aus historischer Sicht und Analyse zu den klassischen Beispielen europäischer Großmachtspolitik. Um es provokativ zu formulieren: Die Großen Drei, die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland, einigten sich in Gipfelgesprächen über die zukünftige Gestalt der mitteleuropäischen Landkarte; das Streben der baltischen Sowjetrepubliken nach Wiedererlangung ihrer 1939/40 – nicht zuletzt durch aktive Beihilfe des Deutschen Reiches – zerstörten Unabhängigkeit stellte dabei keinen Sachverhalt dar, weswegen die Großmächte bereit waren, die Verhandlungen zu gefährden.

Vielleicht gab es aus damaliger Sicht keine grundsätzliche Alternative zu dieser Politik, aber auch aus heutiger Perspektive bleibt die

Frage, ob der Westen nicht allzu wohlwollend gegenüber Moskau agierte und dabei Tallinn, Riga und Vilnius völlig aus den Augen verlor. Man mag dies ‚Realpolitik‘ nennen, und das Argument, eine Machtübernahme der Falken in Moskau hätte mit hoher Wahrscheinlichkeit auch das Ende des baltischen Freiheitskampfes bedeutet, wiegt schwer, doch scheint mir, daß innerhalb der politischen Grundkonstellation durchaus Handlungsspielraum bestanden hätte, der Sowjetunion zu verdeutlichen, daß die baltische Frage auch für den Westen große Bedeutung besitzt.

In vielfacher Hinsicht bedeutete der 13. Januar 1991, das Blutbad am Fernsehturm in Vilnius, einen tiefen Einschnitt. Im Nachhinein läßt sich als entscheidendes Faktum erkennen, daß die Morde am Fernsehturm die baltischen Nationen noch mehr zusammenschweißten und damit zum Scheitern der Pläne der Hintermänner des Militäreinsatzes beitrugen: Hunderttausende gaben den Toten in einer friedlichen Prozession durch Vilnius das letzte Geleit. Damit blieben die Litauer auch in diesem Augenblick ihrer Linie des gewaltfreien Widerstandes treu, das, wie ich glaube, alles entscheidende Moment, welches der Bewegung einen ungeheuren moralischen Impetus verlieh, dem sich auch die Politik des Westens nicht entziehen konnte. Soweit ich sehe, ist keinem einzigen Rotarmisten oder sowjetischem Funktionär im Baltikum Gewalt angetan worden.

Jetzt reagierte auch die Bundesregierung. Bundeskanzler Kohl betonte gegenüber Gorbatschow die Bestimmungen der KSZE-Schlußakte und sprach vom Prinzip der freien Selbstbestimmung, das Litauen nicht vorenthalten werden dürfe. Obwohl keine diplomatischen Beziehungen existierten, wurden nun litauische Politiker in Bonn von Vertretern aller Parteien empfangen. Im Bundestag gründete sich ein Freundeskreis Litauens, der rund 100 Parlamentarier umfaßte. Ohne den deutschen Beitrag überbewerten zu wollen, kann immerhin festgehalten werden, daß die westlichen Staaten, wenn auch vorsichtig und zögernd, eine gewisse Schutzfunktion erfüllten. Der mißlungene Moskauer Putsch im August 1991 brachte dann die relativ rasche diplomati-

sche Anerkennung der baltischen Staaten. So ist mein Fazit aus politischer Sicht bis 1991 doch eher ernüchternd: Esten, Letten und Litauer mußten sich aus eigener Kraft ihre Freiheit und Unabhängigkeit erkämpfen, die friedliche Revolution der Menschen im Baltikum führte erst sehr spät zu einem Politikwechsel der westlichen Staaten.

Mehr Bedeutung als die zögernde Haltung der westlichen Politiker hatten eindeutig die Medien, die mit ihrer Berichterstattung aus dem Baltikum die Menschen der westlichen Welt mit einem weitgehend vergessenen Gebiet vertraut machten und Estland, Lettland und Litauen für die Öffentlichkeit ‚wiederentdeckten‘. Das Baltikum war seit 1945 zum Objekt einer kleiner Gruppe von Wissenschaftlern und Exilgruppierungen geworden, für die breite Mehrheit der Deutschen waren sie irgendwo am westlichen Rand der Sowjetunion verschwunden. Die Dissidenten waren im Westen für Ihren Kampf um die Verwirklichung der Menschenrechte in der Sowjetunion bekannt und geachtet, Forderungen nach nationaler Selbstbestimmung hatten dagegen keine vergleichbare Resonanz in der westlichen Öffentlichkeit.

Jetzt jedoch berichteten deutsche und westliche Korrespondenten beispielsweise ausführlich über die Demonstrationen zum Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes, erläuterten den historischen Hintergrund, hoben die friedliche Art des Widerstands hervor und beschrieben die baltische Tragödie von 1940. Unvergessen bleibt der baltische Weg vom 23. August 1989: Hunderttausende Menschen bildeten von Vilnius bis Tallinn eine Menschenkette, um des 50. Jahrestages des Hitler-Stalin-Paktes und der Annexion ihrer Länder zu gedenken. Litauen, Lettland und Estland wurden endlich wieder zu Begriffen, die verstanden und eingeordnet werden konnten. Die Welle der Sympathie in der westlichen Öffentlichkeit war eine der wichtigsten Folgen der Berichterstattung, die nur von der Bedeutung der Medien für das Scheitern brutaler Gewaltanwendung übertroffen wurde: die Morde am Fernsehturm in Vilnius und die Schießereien in Riga wurden durch die westlichen Korrespondenten zu einem Weltereignis und einem politisch-moralischen Desaster für die sow-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

DR. JOACHIM TAUBER

2. November 2011

[www.kas.de](http://www.kas.de)

jetische Politik, der an einer solchen 'Presse' nicht gelegen sein konnte. Was die westlichen Medien transportierten, war die unmißverständliche Botschaft, daß die Menschen im Baltikum das moralische Recht auf Unabhängigkeit und Freiheit hatten, weil sie von der Sowjetunion okkupiert und unterjocht worden waren.

Mit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den Baltischen Staaten und der Bundesrepublik im Spätsommer 1991 endete die, wie es ein Kollege von mir einmal treffend formulierte, „vorsichtige Kaufmannspolitik“ Deutschlands. Zweifellos sind die vergangenen 20 Jahre der deutsch-baltischen Beziehungen eine Geschichte von Freund- und Partnerschaft. Die Bundesrepublik unterstützte die jungen Republiken bei ihren strategischen außenpolitischen Zielen. Mit dem Beitritt zu NATO und EU im Frühjahr 2004 sind die baltischen Staaten an dem Ort angelangt, an den sie politisch, kulturell und historisch gehören. Ich denke, daß die Leistung der Menschen und Politiker im Baltikum besonders zu bewundern ist, denn die Mitgliedschaft in einer übernationalen Gemeinschaft bedeutete auch den Verzicht auf Teile der erst 1990/91 wieder erworbenen Souveränitätsrechte und eine erneute partielle Fremdbestimmung. Als die Parlamentarier in Straßburg 1983 ihre Resolution verabschiedeten, hätte sich niemand in seinen kühnsten Träumen vorstellen können, was knapp 20 Jahre später geschehen würde. Das erfolgreiche Ende des Weges "zurück nach Europa", war und ist damit nicht nur für Litauen, Lettland und Estland ein neuer Beginn, sondern für unseren ganzen Kontinent.